

## ANTWORT

### auf das Postulat Nr. 6.023

**der Grossräte Philippe Nantermod (Suppl.), Philipp Matthias Bregy und Alain de Preux, betreffend besseres Lobbying für die Bergregionen (16.03.2012)**

Die Urheber des Postulats fordern den Staatsrat und ganz allgemein «die Behörden sämtlicher Bergkantone auf, gemeinsam eine Strategie in Sachen Lobbying, politische Antizipation und Öffentlichkeitsarbeit zu erarbeiten, um die Glaubwürdigkeit der Bergregionen zu verbessern» und somit «eine echte «Alpen-Economiesuisse» ins Leben zu rufen.»

Über die schmerzhaften wirtschaftlichen Auswirkungen hinaus hat die Annahme der Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» tief greifende Auffassungsunterschiede zwischen den Bergregionen und dem Mittelland ans Licht gebracht. Während die grösstenteils städtische Bevölkerung des Mittellands die Alpen in erster Linie als eine Art «Heidiland» sieht, das es zu bewahren gilt, wollen die Bergregionen zu Recht ihre Wirtschaft entwickeln, um sich in einem hart umkämpften Markt behaupten zu können.

Der Staatsrat kann sich der Meinung der Postulanten, wonach sich der Kanton Wallis die nötigen Mittel geben muss, um seine Interessen besser zu verteidigen, nur anschliessen.

So wurden bereits entsprechende Massnahmen ergriffen:

- Reorganisation der Staatskanzlei und Schaffung einer Einheit «Auswärtige Angelegenheiten»;
- Intensivierung der Beziehungen zwischen dem Staatsrat und den Walliser Bundesparlamentariern;
- Aktive Rolle der Mitglieder des Staatsrates in mehreren Regierungskonferenzen.

Diese Massnahmen fügen sich nahtlos in das Wirkungsfeld des Staates und der Verwaltung ein und müssen besondere Beachtung finden.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung arbeitet das Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung seit Jahren an der Verbesserung der Standortattraktivität des Wallis.

Als Einzelkämpfer kann der Kanton Wallis aber nicht viel ausrichten. Eine wirksame Verteidigung der Walliser Interessen bedingt also unweigerlich Allianzen mit den Kantonen, die unsere Anliegen teilen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Kantone des Alpenraums, die in der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) vereint sind. Die Statuten und die Organisation dieser Konferenz wurden im vergangenen Jahr überarbeitet, um den gemeinsamen Problematiken sämtlicher Mitgliedskantone besser Rechnung zu tragen: Verkehr, Regionalpolitik, Tourismus usw. Sie wurde auch mit einem ständigen Sekretariat ausgestattet. Ein erklärtes Ziel der RKGK ist die Erarbeitung einer globalen Strategie für die Bergregionen. Die RKGK hat auch alles daran gesetzt, um die negativen Folgen der Annahme der Zweitwohnungsinitiative zu begrenzen. Im Übrigen achtet die RKGK darauf, dass die Position der Bergregionen in Sachen Wasserkraft nicht geschwächt wird. Der Kanton Wallis hat innerhalb der RKGK stets eine aktive Rolle gespielt.

Eine weitere Massnahme zur Verteidigung der Interessen des Kantons Wallis ist die Intensivierung der Beziehungen zu Nichtregierungsorganisationen, die auf Bundesebene aktiv sind. Als Beispiel könnte hier die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) genannt werden.

Der Staatsrat ist bereit, die Massnahmen zur Stärkung der Position des Kantons Wallis auf Bundesebene weiterzuführen. Er wird seine diesbezüglichen Ziele klar festlegen und sie - insbesondere mittels einer aktiven und intensiven Zusammenarbeit mit den übrigen Gebirgskantonen - entschlossen verteidigen.

Der Staatsrat empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Sitten, den 22. August 2012